Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungeingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. a. 7gespalt. 30mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell. Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 139a. Halle, Montag, den 24. März. 1919.

Volksabstimmung für Nordschleswig.

Deutsch oder dänisch?

Berlin, 23. März. (Drahtnachricht.) Von zuständiger Seite erfahren wir: Die Reichsregierung ist nach wie vor bereit, das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch bezüglich der deutschen Teile Nordschleswigs loyal und ohne Hintergedanken zur Anwendung zu bringen. Sie ist also damit einverstanden, daß den Nordschleswigern die Frage vorgelegt wird, ob sie Dänen werden oder Deutsche bleiben wollen.

Der Versuch, eine nationale Streitfrage im Wege des Selbstbestimmungsrechts zu lösen, ist übrigens gerade für Nordschleswig nicht neu. Er wurde schon im Revolutionsjahr 1848 ernstlich erwogen sowohl von der provisorischen Regierung und den Vereinigten Landständen Schleswigs selbst, als auch seitens der Mächte. Er trat erneut auf der Londoner Konferenz von 1864 auf und fand schließlich seinen Niedergang im Artikel 5 des Prager Friedens.

Die Voraussetzung des Selbstbestimmungsrechts ist aber eine freie Abstimmung, durch die der wahre Wille der Bevölkerung zum Ausdruck kommt.

Die Reichsregierung wird sich daher mit Nachdruck dafür einsetzen, daß die neue Grenze auf der Grundlage des Abstimmungsergebnisses in den Gemeinden geführt wird, auch soweit Nordschleswig in Betracht kommt.

Präsident Wilson hat für Polen den Grundsatz aufgestellt, daß nur Gebiete mit „unbestritten" polnischer Bevölkerung in den neuen Staat fallen sollen. Dieser Grundsatz muß auch auf Nordschleswig analoge Anwendung finden. Die Reichsregierung wird daher dafür eintreten, daß zur Abtretung nordschleswigischer Gebietsteile eine Zweidrittelmajorität notwendig ist.

Die Schleswig-Holsteiner dürfen überzeugt sein, daß die Reichs-Regierung volles Verständnis für die Gefühle hat, die die deutsche Bevölkerung der beiden Herzogtümer im gegenwärtigen Augenblick bewegen und die in einer jahrhundertealten gemeinsamen Geschichte wurzeln.

Die Reichsregierung ehrt diese Gefühle und ist sich umso stärker ihrer Pflicht bewußt, für alle Wünsche der Schleswig-Holsteiner, die mit dem Wilsonschen Programm unvereinbar sind, nachdrücklichst einzutreten und die Interessen des Deutschtums unserer Nordmark in jeder Hinsicht zu wahren.

Erzberger über die Lostrennung deutscher Gebietsteile.

Berlin, 23. März. (Drahtnachricht.) In einer heute stattgefundenen Protestversammlung im „Sportpalast" gegen eine Zerstückelung Deutschlands führte Reichsminister Erzberger aus: Die Worte Wilsons über die Polen werden mißbraucht. In einer seiner Botschaften erklärte Wilson, daß alle strittigen Gebietsfragen so gelöst werden sollen, daß keine neuen Elemente von Zwist und Gegnerschaft und von Friedensgefährdungen geschaffen werden. Es müßte nicht schwer fallen, bei allseitigem guten Willen eine befriedigende Lösung zu finden. Aber die Polen ziehen den Weg der blutigen Gewalt vor. Artikel 10 des Waffenstillstandsabkommens schließt das Betreten von Danzig und der Weichsel durch die Polen aus. Das deutsche Volk erhebt einmütig feierlichen Protest, doch ein in seiner überwiegenden Mehrheit deutscher und deutschgesinnter Teil seines Gebietes vergewaltigt werden soll. Deutschland ist bereit zu einer Neutralisierung der Weichsel, was Danzig als Freihafen einschließen würde. Das deutsche Volk kann und wird einen Frieden, der mit der Annexion von Danzig, Westpreußen und eines Teiles von Oberschlesien belastet wird, nicht unterzeichnen. Was dann kommt, dafür überlassen wir die Verantwortung einzig und allein der Entente. Sofortige Herausgabe unserer Kriegs- und Zivilgefangenen, sofortige Aufhebung der Hungerblockade sind die Punkte, in denen wir fordern, daß die Franzosen und mit ihnen die Alliierten dem deutschen Beispiel von 1871 folgen. Als dritte Forderung stellen wir auf die sofortige Räumung der besetzten Gebiete. Deutschland kann nur dann seinen Verpflichtungen nachkommen, wenn es volle Bewegungsfreiheit besitzt. Das Friedensjahr 1919 soll keine Wiederholung sein des Friedensjahres 1871.

Protestversammlung gegen die Zerstückelung Deutschlands.

Berlin, 23. März. (Drahtnachricht.) Heute fand hier im Zirkus Busch eine außerordentlich stark besuchte Protestversammlung gegen die Zerstückelung Deutschlands statt. Es sprachen die Abgg. v. Richthofen und Südekum, Eduard Bernstein, der deutsch-österreichische Gesandte Professor Luda Hartmann, der Generalsekretär der evangelischen Arbeiterverbände Rüffer und Abg. Dr. M. Pfeiffer. Die Redner betonten, daß sich der Protest nicht nur gegen die beabsichtigte Loslösung deutscher Gebiete in Ost und West vom Deutschen Reich, sondern auch gegen die Machenschaften richte, durch die eine Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland hintertrieben werden sollte. Zum Schluß wurde folgende Resolution verlesen, die mit einmütigem Beifall von der Versammlung bestätigt wurde: Aufs neue bekräftigt die Versammlung, daß Deutschland die Westen niedergelegt und sich zum Frieden bereit erklärt hat in Uebereinstimmung mit dem Programm des Präsidenten Wilson. Das deutsche Volk ist entschlossen, auf diesem Standpunkt zu bleiben und die Friedensverhandlungen nur in dieser Richtung durchführen. Die Gegner sind ebenso wie wir an das Wilsonsche Programm vertragsmäßig gebunden. Die Versammelten verlangen von den Friedensdelegierten und allen amtlichen Stellen, auf der feierlichen Zusage der Entente zu bestehen, daß der Frieden nur unter Gleichberechtigten auf Grund der Verlautbarungen des Präsidenten Wilson geschlossen werden darf. Wir weisen entschieden jede Zerstückelung deutschen Landes und jeden Eingriff in innerdeutsche Verhältnisse zurück. Alle Stände und Parteien sind sich einig, das jede Vergewaltigung des Deutschtums ebenso abzuwehren ist wie die Vergewaltigung eines anderen Volkes. Ein Wille und ein Ziel sind in allen lebendig: Der Friede des Rechts und der Gerechtigkeit. Das deutsche Volk wird einen anderen Frieden unmöglich anerkennen.

Hierauf begaben sich die Versammlungsteilnehmer in eindrucksvollem Zuge nach der Reichskanzlei, um der Reichsregierung von der gefaßten Entschließung Mitteilung zu machen.

Massenkundgebung vor dem Reichskanzlerhause.

Ansprache des Reichsministers Schiffer.

Berlin, 23. März. (Drahtnachricht.) Nach Schluß der Versammlungen die heute an verschiedenen Stellen Berlins über die Frage der Lostrennung der deutschen Gebiete stattgefunden haben, begab sich ein Teil der Besucher in geschlossenen Zügen nach dem Reichskanzlerhause, um dort die gefaßte Entschließung zu übergeben. Der Vizepräsident des Reichsministeriums, Reichsminister Schiffer, hielt darauf von einem Fenster des Reichskanzlerhauses eine Ansprache, in der es heißt:

Namens der Reichsregierung habe ich die Entschließung, die Sie einer machtvollen Versammlung gefaßt haben, entgegengenommen. Namens der Reichsregierung verspreche ich Ihnen, alles zu tun, was in menschlicher Kraft steht, um das wahr zu machen, was Sie von uns verlangen. Aus Ihren Worten spricht nicht blos eine augenblickliche Gefühlswallung, aus Ihren Worten spricht der feste und heilige Entschluß eines ganzen Volkes, zu seinem Volkstum zu stehen und alles ihm zu opfern. Da in unseren Zeiten keine Regierung Kraft hat, die sich nicht stützt auf die Seele des Volkes, so hat jede Regierung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, der Seele des Volkes in den höchsten Dingen nachzugehen und nachzuleben. Und so wollen wir in demselben Geiste handeln, wie Sie ihn verkündet haben. In Ihren Worten: Wir haben einen guten Grund, einen festen Boden. Das ist der Boden des Rechts! Auf dem wollen wir stehen bleiben. Davon lassen wir uns nicht abdrängen. (Stürmischer Beifall.) Nachdem inzwischen neue Massen die Entschließungen anderer Versammlungen gebracht hatten, die sich ebenfalls gegen die Abtrennung der deutschen Gebiete, namentlich der alten Stadt Danzig wenden, trat Minister Schiffer nochmals ans Fenster und sagte etwa: Die Entschließung, die Sie gefaßt haben, hat mich tief ergriffen um des Geistes willen, in dem sie gefaßt worden ist! Ich fasse, was Sie in Ihren Entschließungen gesagt haben, in wenige Worte zusammen: Wir Deutsche müssen deutsch bleiben. (Stürmisches Bravo).

Protest des deutschen Industrierates gegen Abtrennung der Rheinlande.

Berlin, 23. März. (Drahtnachricht.) Der Deutsche Industrierat hat an den Präsidenten des Reichsministeriums folgende Eingabe betreffend Abtrennung der Rheinlande gerichtet, in der es u. a. heißt:

Nach Mitteilung aus dem besetzten linksrheinischen Gebiete beabsichtigt die Entente, das linke Rheinufer unter Aufrichtung einer Rhein-Zollgrenze politisch und wirtschaftlich für eine Reihe von Jahren vom Deutschen Reiche zu trennen und die Wiedergutmachung des Deutschtums ebenso abzuwehren ist wie die Vergewaltigung eines anderen Volkes. Ein Wille und ein Ziel sind in allen lebendig: Der Friede des Rechts und der Gerechtigkeit. Das deutsche Volk wird einen anderen Frieden unmöglich anerkennen.

Hierauf begaben sich die Versammlungsteilnehmer in eindrucksvollem Zuge nach der Reichskanzlei, um der Reichsregierung von der gefaßten Entschließung Mitteilung zu machen.

Vertagung des rheinischen Provinziallandtages.

Düsseldorf, 23. März. (Drahtnachricht.) Der Provinziallandtag der Rheinprovinz, der heute mittag eröffnet werden sollte, mußte vertagt werden, da dem Oberpräsidenten in Koblenz und verschiedenen Mitgliedern des Landtages des Regierungsbezirkes Koblenz die Genehmigung zur Ausreise von der Besatzungsbehörde nicht erteilt worden ist. Auch in den Kreisen Trier und Aachen ist die Erteilung der Genehmigung wieder zurückgezogen worden und zwar wie mitgeteilt wurde, auf Befehl des Marschalls Foch, welcher den linksrheinischen Abgeordneten die Teilnahme an dem Provinziallandtage verzagte. Der Provinzialausschuß hat sofort beim Oberpräsidenten beantragt, die preußische Regierung zu ersuchen, einen neuen Termin für die Einberufung des rheinischen Provinziallandtages zu bestimmen.

Das Brüsseler Abkommen.

Von

Unterstaatssekretär von Braun.

Die Schwierigkeiten, die vom Seemanns-Bund in Hamburg und von Seiten der Bremer Seeleute der Ausfahrt der deutschen Handelsschiffe gemacht worden sind, bedeuten für die deutsche Bevölkerung geradezu Selbstmord und man kann sich nur denken, daß die beteiligten Seeleute sich selbst darüber nicht Rechenschaft abgelegt hatten, welche Folgen ihre Handlungsweise hat. In Rotterdam liegen 250 000 Kisten kondensierte Milch und große Mengen Speck für Deutschland bereit. Sie können sofort dem Konsum zugeführt werden, sobald Deutschland seiner Verpflichtung, die Schiffe ausfahren zu lassen, nachkommt. Inzwischen sterben in Deutschland Hunderte von Kindern, weil sie nicht mit Milch versorgt werden können und Tausende verkümmern, weil ihnen die unbedingt nötige Zufuhr von Fetten nicht geschafft werden kann. Das muß man sich vor Augen halten, wenn man beurteilen will, ob die Weigerung der Seeleute irgendwie gerechtfertigt werden kann. Aber auch vom Standpunkt der Vertragserfüllung aus gibt es keinen Grund, der es rechtfertigen würde, die Schiffe nicht ausfahren zu lassen. Mit unendlichen Schwierigkeiten ist das Abkommen über die Lebensmittellieferungen in Brüssel zu Stande gekommen. Die tatsächliche Ausführung des Abkommens kann nur erhofft werden, wenn auch Deutschland die übernommenen Verpflichtungen loyal und rechtzeitig erfüllt, und kein deutscher Unterhändler könnte künftig für Deutschland Verträge abschließen, wenn nicht die Möglichkeit besteht, die Erfüllung der übernommenen Pflichten tatsächlich durchzusetzen.

Gewiß sind die Bedingungen, die uns in Brüssel auferlegt worden sind, sowohl bezüglich der deutschen Handelsflotte, als bezüglich der Finanzfragen schwer und hart und niemand kann sich darüber wundern, wenn in der Oeffentlichkeit auf diese Lage mit Nachdruck hingewiesen wird.

Aber andererseits muß man doch berücksichtigen, daß wir durch das Abkommen der schwersten Sorge wegen der Ernährung des deutschen Volkes ledig geworden sind und daß uns die Möglichkeit gegeben wird, durch die Verbesserung der Ernährung den Folgen der Unterernährung und der Entnervung wirksam entgegen zu treten. Diese Verbesserung unserer Lage muß von allen Kreisen der Bevölkerung anerkannt und gewürdigt werden, auch von jenen, die an den uns auferlegten Lasten am schwersten zu tragen haben und sie müssen ihr Eigeninteresse hinter die Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes zurückstellen.

Aber auch ein anderer Gesichtspunkt muß berücksichtigt werden. Es ist bei dieser Gelegenheit zum ersten Male gelungen, mit unseren Gegnern über wirtschaftliche Fragen sachlich zu verhandeln und sie von der Richtigkeit unseres Standpunktes zu überzeugen. Gegenüber der früheren Weigerung über Fragen zu verhandeln, die über den Waffenstillstand hinausgreifen, haben die Gegner bei der Zusammenkunft in Brüssel grundsätzlich anerkannt, daß die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte sichergestellt werden muß. Das ist natürlich nicht nur aus Wohlwollen gegen Deutschland geschehen, sondern aus der Einsicht heraus, daß unsere Forderungen ein Kulturinteresse der ganzen Welt sind und auch den eigenen Interessen unserer Gegner entsprechen. Ein schlagender Beweis dafür ist ein Artikel, der vor kurzer Zeit im „Manchester Guardian" erschienen ist und folgendermaßen schließt:

„Wir haben nicht nur die Blockade aufrecht erhalten, sondern sie auch noch verschärft, indem wir den Fischfang in der Nordsee und Ostsee unterbunden haben; dies ist eine unsinnige und unheilvolle Politik. Ihre einzige Verteidigung könnte darin bestehen, daß sie als ein Mittel betrachtet wird, unsere Friedensbedingungen durchzusetzen, aber das ist auch keine Verteidigung; denn wir haben genügend andere Mittel, unsere Bedingungen durchzusetzen.

Wie soll ein ruiniertes in sozialer Auflösung befindliches Deutschland Kriegsentschädigung zahlen? Natürlich, wenn wir Deutschland nur die denkbar größten Leiden auferlegen wollen, seine Industrien ruinieren, wie es die in Frankreich und Belgien ruiniert hat, Greise und Kinder unter den Einwohnern umbringen, wie Deutschland es in einigen Fällen auch getan hat, so mag das wohl eine gewisse rauhe Gerechtigkeit vorschriftlicher Art sein. Aber dann — fahrt wohl, Kriegsentschädigungen, fahrt wohl, alle Hoffnungen auf Ruhe in Mitteleuropa! Ein Willkommen dann der Revolution und sozialen Auflösung in einem großen Teil Europas."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190324015/fragment/page=0001

Diese Einsicht hat unsere Gegner bewogen, ihren früheren ablehnenden Standpunkt zu verlassen. Sie hat uns aber auch Gelegenheit gegeben, über wirtschaftliche Fragen vom Standpunkt der Menschlichkeit aus zu verhandeln und uns wirtschaftlich wieder näher zu kommen. Die Voraussetzung für die Ausführung des Vertrages aber ist, daß wir unsererseits alles dazu tun, um die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, damit wir auch von der Gegenseite auf eine loyale Erfüllung des Vertrages rechnen können und diese höchste Pflicht muß sich jeder Einzelne vor Augen halten, wenn er sich nicht am Leben des deutschen Volkes versündigen will.

Die ungarische Räterepublik an Lenin.

WTB. **Budapest, 23. März. (Drahtnachricht.)** Am Sonnabend nachmittag 5 Uhr trat die ungarische Räterepublik im Wege der Csepeler Funkenstation mit der russischen Räterepublik in Verbindung, indem sie an Moskau zu Händen Lenins folgenden Funkspruch abgab: Das ungarische Proletariat, welches gestern nachmittag die ganze Staatsgewalt an sich gebracht hat, die Diktatur des Proletariats eingeführt und benützt Sie als Führer des internationalen Proletariats. Wir übermitteln Ihnen den Ausdruck unserer revolutionären Solidarität und entbieten unseren Gruß dem ganzen revolutionären russischen Proletariat. Die Partei der Sozialdemokratie hat sich auf den Standpunkt der Kommunisten gestellt. Die beiden Parteien wirken im Einvernehmen, und wir nennen uns, so lange der Moskauer Kongreß keinen einheitlichen Titel für uns feststellt, ungarländische Sozialistenpartei. Wir erbitten in dieser Hinsicht entsprechende Weisungen. Der Rat der Volkskommissare hält gerade jetzt Staatsgenosse Bela Khun ist Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten. Die ungarische Räterepublik erbittet sich ein Schutz- und Trutzbündnis der russischen Sowjetrepublik. Die Waffen in den Händen bieten wir sämtlichen Feinden des Proletariats Trutz und bitten um sofortige Mitteilung über die militärische Lage.

Abends 9 Uhr 10 Min. traf folgende Botschaft aus Moskau ein: Meinen aufrichtigen Gruß der proletarischen Regierung der ungarischen Räterepublik und insbesondere dem Genossen Bela Khun. Ihre Botschaft habe ich in diesem Augenblick dem Kongreß der Kommunistenpartei des bolschewistischen Rußlands mitgeteilt. Sie wurde mit unendlicher Begeisterung aufgenommen. Um die Beschlüsse des Moskauer Kongresses und ebenso den Bericht über die militärische Lage mitzuteilen, ist es unbedingt notwendig, zwischen Budapest und Moskau eine ständige drahtlose Verbindung aufrechtzuerhalten. Mit kommunistischem Gruß und Händedruck: Lenin.

Neuordnung in Budapest.

Budapest, 23. März. (Drahtnachricht.) Die revolutionäre Regierung ernannte drei Volkskommissare für die Hauptstadt Budapest. Bürgermeister und Magistrat boten ihre Entlassung an, wurden aber ersucht, auf ihrem Posten zu bleiben. Ebenso wurden die Leiter und Angestellten aller amtlichen Betriebe und Schulen Budapests aufgefordert, bis auf weiteres auf ihren Plätzen zu verbleiben. Den Blättern zufolge wurden sämtliche Geldinstitute Budapests heute militärisch besetzt.

Aufruf zur Bildung eines Proletarierheeres.

Budapest, 23. März. (Drahtnachricht.) (Ungar. Telegraphen-Korr.-Bureau) Der Volkskommissar für Heerwesen richtete an die heimgekehrten ungarischen Proletarier-Krieger des russischen Roten Heeres einen Aufruf, in welchem es u. a. heißt: Ihr habt für die Befreiung des internationalen Proletariats auf den Schneefeldern Sibiriens, in den Urwäldern des Urals und auf den Ebenen von Turkestans geblutet. Im Proletarierheer des Sowjet Ungarns ist Euer Platz in erster Reihe. Kommt und meldet Euch im ersten internationalen Roten Regiment. Wir haben Euch alle nötig. Jeder heimgekehrte Rote Soldat hat im neuen Heer des Proletariats seinen Platz.

Einen Aufruf ähnlichen Inhalts in russischer Sprache hat das Volkskommissariat für Heerwesen an die in Ungarn befindlichen russischen kriegsgefangenen Proletarierbrüder gerichtet.

Eine Rede Lenins über den Kommunismus.

Stockholm, 23. März. (Drahtnachricht.) Wie ein Funkspruch aus Moskau meldet, ist am 18. März der 8. Kongreß der russischen kommunistischen Partei in Moskau eröffnet worden. Lenin hielt eine Rede, in der er sich gegen die von Bucharin vorgeschlagene formelle Selbstbestimmung der arbeitenden Klassen wandte, da diese Formel die Arbeiterklassen im Auslande gegen den Bolschewismus einnehmen könnte in der Annahme, daß der Bolschewismus sein System mittels der Bajonette der Roten Armee mit Gewalt einführen wollte. Der Kommunismus könne nicht mit Gewalt verbreitet werden. Jede Nation müsse das Recht auf Selbstbestimmung erhalten, da nur hierdurch auch das Selbstbestimmungsrecht der arbeitenden Klassen gesichert werden könne.

Bezüglich der Bauern verfolge die russische kommunistische Partei die Politik, die Bauern allmählich und planmäßig an dem Aufbau des Sozialismus teilnehmen zu lassen, indem man die Bauern von den ländlichen Wucherern abhänge und sie durch entsprechende Behandlung ihrer Bedürfnisse auf die Seite der arbeitenden Klassen hinüberziehe.

Besonders wichtig sei die Lösung der Frage der bürgerlichen Facharbeiter. Um diese Arbeiterkreise für den Sozialismus zu gewinnen, müsse man gewisse Opfer bringen und den Facharbeitern eine gute Existenzmöglichkeit bieten. Der Konflikt mit der Bureaukratie könne nur dadurch zu einem guten Ende geführt werden, daß die ganze Bevölkerung an der Verwaltung teilnehme. Niemanden sei es eingefallen, die Bourgeoisie aus den Sowjets auszuschließen, sondern diese habe ihre Mitwirkung selbst verweigert. Nachdem der Kampf gegen die Bourgeoisie auf dem Lande erfolgreich beendet und das bäuerliche Halbproletariat organisiert sei, gelte es jetzt, auch den mittleren Bauernstand zu einem Verbündeten und Freund der kommunistischen Revolution zu machen.

Endlich wies Lenin noch darauf hin, daß die hauptsächliche Aufgabe der russischen kommunistischen Partei darin bestehe, die alte Armee nach sozialistischen Gesichtspunkten zu organisieren und durch Feldzüge ihr Werk zu vollenden.

Von der Sowjetfront.

H. Helsingfors, 21. März. (Drahtnachricht.) Nach Mitteilungen der russischen Presse haben die Sowjettruppen Nikitopel eingenommen.

Mit der Wiederherstellung der großen Wolgabrücke bei Syzran ist begonnen worden. Man hofft, den Bau bis zum 1. April zu beenden.

Neuerlicher Bruch des Waffenstillstandes durch die Polen.

Berlin, 23. März. (Drahtnachricht.) Wie aus Lissa mitgeteilt wird beschossen die Polen am 19. März nachmittags die deutschen Postierungen in Wolfsstrick aus der Richtung Murks mit Infanteriefeuer.

Die Polengefahr in Spa.

WTB. **Berlin, 22. März.** General von Hammerstein überreichte den Alliierten in Spaa am 21. 3. Abschriften von Telegrammen, die der deutschen Waffenstillstandskommission am 19. und 20. März aus Westpreußen zugegangen sind und in denen die Unruhe und Entrüstung der dortigen deutschen Bevölkerung aus Anlaß der gefürchteten Abtrennung dieser deutschen Gebiete Ausdruck findet. In einer Begleitnote wies der deutsche Vertreter auf die Empörung hin, die in diesen Gebieten darüber herrscht, daß das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" anscheinend vergewaltigt werden soll. General von Hammerstein hob den kulturellen und wirtschaftlichen Einfluß des Deutschtums in diesen Gebieten hervor, der schon äußerlich sichtbar zutage trete. Er betonte, die deutsche Bevölkerung fordere gerade deshalb, daß ihr Schicksal nicht auf Grund einseitiger Angaben polnischer Propaganda entschieden wird. In der Note machte der deutsche Vertreter außerdem statistische Angaben über die Verbreitung der deutschen und polnischen Bevölkerung im Osten. Aus ihnen ist zu ersehen, daß in Posen und Westpreußen zusammen auf 1,9 Millionen Deutsche nur 1,8 Millionen Polen kommen. Während im Regierungsbezirk Danzig die Deutschen 72,10 Prozent, im Regierungsbezirk Marienwerder 59,55 Prozent und im Kreise Bromberg etwas über 50 Proz. der Gesamtbevölkerung bilden, beträgt die deutsche Minderheit im Regierungsbezirk Bromberg mehr als 32 Prozent. Bei der Ueberreichung der Note bemerkte Hammerstein, daß am heutigen Tage allein weitere 41 Telegramme ähnlichen Inhalts wie die abschriftlich überreichten von den Bewohnern der bedrohten Gebiete eingetroffen seien, deren Originale er der alliierten Kommission gern zur Verfügung stellen werde.

Lebensmitteldampfer nach England.

Berlin, 23. März. (Drahtnachricht.) Wie die deutsche Waffenstillstandskommission mitteilt, gehen heute und morgen folgende deutsche Schiffe nach England ab: Am 23. März ab Hamburg die Dampfer Genua, Nuevo, Graf Waldersee und Kaiserin Augusta Viktoria, Alster, Helvan, Roda, Wolsburg und German kus; ab Emden die Dampfer Claire und Hugo Stinnes; am 24. März ab Hamburg die Dampfer Pretoria, Neuuma, Kagera, Hermua, Fürst Bülow und Arthemisa; ab Königsberg der Dampfer Varunid; ab Emden der Dampfer Barcaga; ab Bremen die Dampfer Sonnenfels und Weltenfels.

Ein Freikorps Lettow-Vorbeck!

Berlin, 23. März. (Drahtnachricht.) General v. Lettow-Vorbeck, der rühmreiche, unbesiegte Kriegsheld Deutschostafrikas, stellt ein Freiwilligenkorps auf, das als Division Lettow-Vorbeck dem Gardekavallerie-Schützenkorps unterstellt wird. General v. Lettow-Vorbeck wendet sich in einem Aufruf an alle Schutztruppler, Soldaten und Offiziere, und fordert sie auf, seinem Freikorps, dessen Werbezentrale in Berlin, Nürnberger Straße 70/71 (Deutsches Künstlertheater), sich befindet, beizutreten.

Heimkehr Schwerverwundeter aus Frankreich.

Berlin, 23. März. (Drahtnachricht.) Der erste Transport schwerverwundeter und schwerkranker deutscher Kriegsgefangener verläßt, wie die französische Kommission in Spa mitteilt, Lyon am 24. März und geht über Bellegarde nach Deutschland. Er umfaßt 350 Gefangene, von denen etwa 100 getragen werden müssen.

Die militärischen und maritimen Bedingungen für Deutschland.

Amsterdam, 22. März. Der Korrespondent der United Preß erfährt von sehr gut unterrichteter Seite, daß der Zehnerrat folgende militärischen und maritimen Bedingungen, die Deutschland auferlegt werden sollen, endgültig angenommen hat: Die deutsche Armee soll aus höchstens sieben Divisionen Infanterie und drei Divisionen Kavallerie, zusammen 100 000 Mann bestehen. Das Offizierkorps darf 4000 nicht übersteigen. In den verschiedenen Kriegsministerien dürfen nicht mehr als 300 Offiziere und ein Zehntel der Zivilbeamten vom Jahre 1913 beschäftigt werden. Die Kriegsschule des Generalstabs und ähnliche Einrichtungen werden abgeschafft. Es wird nur eine Militärschule zur Heranbildung von Offizieren aller Dienstzweige gestattet. Veteranenvereine, Turnvereine und andere Organisationen, in denen militärische Uebungen abgehalten werden, sind verboten. Alle Festungen innerhalb einer Strecke von 15 Meilen vom Rhein werden geschleift. Neue Werke dürfen nicht angelegt werden. Die Kavallerie verfügt über 18 000 Karabiner, 36 schwere Maschinengewehre und 36 Feldgeschütze. Schwere Artillerie ist verboten. Munitionsvorräte werden auf das äußerste beschränkt werden. Die Lage der Munitionsdepots muß bekanntgegeben werden. Die Alliierten behalten sich das Recht vor, die Zahl der Munitionsfabriken zu beschränken. Das über die festgesetzte Menge hinausgehende Kriegsmaterial muß den Alliierten ausgeliefert werden. Einfuhr und Ausfuhr von Kriegsmaterial mit Einschluß von Stickgasen, Panzerautos und Tanks ist verboten. Die Marine darf aus sechs Schlachtschiffen der Deutschland- oder Lothringen-Klasse, sechs leichten Kreuzern, zwölf Zerstörern und zwölf Torpedobooten bestehen. Für Panzerschiffe wird als größter Tonnengehalt 10 000, für leichte Kreuzer 6000 Tonnen, für Zerstörer 800 Tonnen, für Torpedoboote 200 Tonnen bestimmt. Schlachtschiffe oder Kreuzer dürfen erst dann ersetzt werden, wenn sie 20 Jahre alt sind, Torpedoboote, wenn sie 15 Jahre alt sind. Das Personal der Marine wird auf 15 000 Mann mit Einschluß von 1500 Offizieren beschränkt. Alle Hilfskreuzer, die abgerüstet werden können, werden Handelsschiffe, alle U-Boote müssen ausgeliefert werden. Bau von neuen U-Booten ist verboten. Die Befestigungen, die die Zugänge zur Ostsee beherrschen, werden geschleift, die Benutzung körkerer drahtloser Stationen für militärische, maritime und politische Zwecke ist ohne Zustimmung der Alliierten nicht gestattet. Militärische und maritime Luftfahrzeuge sind nicht gestattet außer hundert Wasserflugzeugen bis zum 1. Oktober zur Vernichtung von Minen. Flugplätze innerhalb 98 Meilen östlich des Rheins oder 93 Meilen westlich der Ostgrenze oder 93 Meilen von der italienisch-schweizerischen Grenze sind nicht gestattet.

Deutsches Reich.

Antisemitismus in der Deutschnationalen Volkspartei.

D.P.K. Die antisemitische Hetze, die in den Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei betrieben wird, hat in Hamburg Formen angenommen, daß sogar die Deutsche Volkspartei sich gezwungen gesehen hat, in einer öffentlichen Erklärung sich gegen eine Gemeinschaft mit der Deutschnationalen Volkspartei zu erklären. Für die Wahlen zur Hamburger Landesversammlung hat die Deutsche Volkspartei in einer öffentlichen Kundgebung erklärt:

„Die Deutsche Volkspartei hat sich leider genötigt gesehen, auf eine Listenverbindung überhaupt zu verzichten, da eine Listenverbindung mit dem Wirtschaftsblock nur in Gemeinschaft mit der Deutschnationalen Partei möglich war und die Haltung dieser Partei in ihrer Zusammenstellung ganz offensichtlich antisemitische Tendenzen zeigt."

Die Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei ist sehr traurig, daß „legar" die Deutsche Volkspartei sich so ablehnend verhält. Die Hauptsache aber ist: ob die Deutschnationale Volkspartei in Zukunft auf die nichtsnutzige Hetze gegen die Juden verzichten wird. Davon spricht das offizielle Organ der Deutschnationalen Volkspartei nicht.

Ausland.

Streik der Briefträger.

Madrid, 23. März. (Drahtnachricht.) (Havas.) Die Briefträger, deren Forderungen die Regierung nicht bewilligen konnte, sind in den Ausstand getreten. Wer nicht binnen 48 Stunden wieder den Dienst aufnimmt, gilt als entlassen. Militär sorgt für die Austragung der Briefe.

Provinzial-Nachrichten.

Mittenberg, 24. März. (Mittelst Flugzeugs von Biebrich a. Rh. nach Biebrich) reisten unlängst drei Mauer der Firma Tonwerke Biebrich, die hier an den Stiftsfestwerken am Bau beteiligt ist. Ein Fliegeroffizier brachte die drei dringend benötigten Männer nach hier und landete sie glücklich in den Abendstunden auf den gegenüberliegenden Elbwiesen.

△ Schöningen, 22. März. (In einem Streik) trat die etwa 150 Mann starke Belegschaft des Salinenamtes Schöningen. Die Belegschaft fordert die Entlassung des Direktors Gerstner.

XX Gotha, 22. März. (Einem Schwindlerpaare) ist es gelungen, einen Kaufmann aus Leipzig in einem hiesigen Hotel um über 6000 Mk. zu erleichtern, zugleich auch den Oberkellner des betreffenden Hotels um 1000 Mk. unter der Vorspiegelung, größere Mengen von Kakao liefern zu können. Der Schwindler führte den Kaufmann vor ein Haus, in dem der Kakao lagern sollte und ging allein hinein, während das Opfer draußen wartete. Bald kam er wieder und meinte, der Kakaolieferant wolle erst Geld sehen. Dies wurde abgeliefert, und zwar 5055 Mk. in bar und in zwei Wechseln auf 600 und 1000 Mk. Diese lauten auf den Namen des Schwindlers: Kaufmann Neumann. Wieder kam Herr Neumann zurück und sagte, der Kakao würde nun noch verpackt, in der nächsten Gastwirtschaft solle man warten. Dieses Warten wurde dem Bestohlenen doch schließlich zu langweilig.

Meiningen, 22. März. (Sacharinschieber.) In einem Hotel wurde für 7600 Mark Sacharin beschlagnahmt, das von drei Erfurter Herren „verschoben" werden sollte.

Leipzig, 22. März. (Selbst ganze Häuser werden gestohlen.) Es soll zwar alles schon dagewesen sein, aber, wie dies in den letzten Tagen tatsächlich vorgekommen ist, ein ganz leibhaftiges gemauertes Haus schon einmal gestohlen worden ist, dürfte denn doch fraglich sein. Wie bei der Leipziger Kriminalpolizei angezeigt worden ist, ist nämlich vor einigen Tagen ein 17 Meter langes, 9 Meter breites und 3 Meter hohes Gebäude, das als Kantine benutzt worden ist und an der Hindenburgbrücke gestanden hat, bestehend aus etwa 15 000 Ziegelsteinen, 9 Türen, 9 Fenstern und einer Abortanlage, von seinem Standorte vollständig verschwunden und ohne allen Zweifel gestohlen worden.

× Leipzig, 21. März. (Der Deutsche Buchgewerbeverein) eröffnet am 23. März im Buchgewerbehaus wieder sein Lesezimmer und eine Bücherei für alle Angehörigen der graphischen Gewerbe, nachdem infolge des Ueberganges des künstlerischen und wissenschaftlichen Teils seiner Bücherei an das Deutsche Kulturmuseum Lesezimmer und Bücherräume längere Zeit geschlossen waren.

Vermischtes.

Der Name Sudermann. Da der Schriftsteller Hermann Sudermann ohne männliche Nachkommen ist, hat der Regierungspräsident genehmigt, daß die Familie seines Schwiegersohnes Frenk, der mit der einzigen Tochter Sudermanns vermählt ist, fortan den Geschlechtsnamen Frenk-Sudermann trägt. Was ihn durch seine Werke kaum so gründlich gelungen wäre, hat Sudermann nunmehr durch den Regierungspräsidenten erreicht: die Unsterblichkeit seines Namens ist gesichert.

f. **Fliege und Völkerpsychologie.** Was tut ein Mann, der in seinem Glas eine Fliege findet? Wenn es ein Spanier ist, steht er ärgerlich auf und geht hinaus, ohne zu trinken. Ein Franzose fischt die Fliege mit zwei Fingern heraus und tötete sie. Dann überhäuft er den Kellner mit Vorwürfen. Der Engländer gießt Wein fort und fordert ein neues Glas. Der Deutsche nimmt die Fliege fort und trinkt das Glas aus. Der Russe schluckt die Fliege mit dem übrigen Inhalt. Der Chinese ißt zuerst die Fliege und trinkt dann.

Fräulein B., eine etwas betagte Schönheit, äußerte in einer Gesellschaft, sie hätte so gern in einer Lotterie gespielt, die zu wohltätigem Zweck stattfand. Aber alle Lose waren ausverkauft. Buchhalter Persfen, der die Klage der Schönen hörte und sich artig zeigen wollte, fragte Fräulein B. leise in einer Fensternische: „Gestatten mir, gnädiges Fräulein, Ihnen ein Wort zu sagen?" „Herzlich gern", antwortete Fräulein B. und blickte strahlend, was sie übrigens immer tat, wenn sie mit unverheirateten Herren sprach. „Ich möchte gern, gnädiges Fräulein fragen, ob . . ." „Oh?" „Ich möchte nicht mein Los teilen wollen?" „Ach ja, das will ich wohl! Ich teile es, wie anspruchslos es auch sein mag, denn nicht Reichtum, sondern die Liebe macht das Glück des Lebens aus!" antwortete Fräulein B., indem sie ihre Arme um den Hals des verblüfften Loselegers schlang und ihm in die Arme sank. Bei den lauten Rede des Fräuleins hatten sich mehrere neugierige Blicke zum Fenster gerichtet, die Verlobung war offenbar, und der arme Persson stand als Bräutigam wider Willen da. Um zu protestieren und das Mißverständnis klarzustellen, dazu hatte er keine Courage.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichtl. Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Riechnes; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw. Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Biele.
Druck und Verlag von Otto Handel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190324015/fragment/page=0002